

Nassauer Volksfreund

Herborner Zeitung

mit illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“

Druck und Verlag von Emil Anding, Herborn. — Telefon Nr. 239.

Erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,50 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Preis für die einspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklame pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 112.

Herborn, Donnerstag, den 14. Mai 1914

12. Jahrgang

Der Bedürfnisnachweis im Schankgewerbe.

Dem Reichstage war nicht lange vor Beginn der Diskussion der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt worden, der in seinem ersten Artikel eine neue Fassung des § 33 bietet. Fast alle Bundesregierungen haben schon von den bisherigen Bestimmungen seines Inhalts zum Ausschicken von Branntwein bzw. zum Betrieb von Gastwirtschaften bzw. zum Ausschicken von Wein, Bier oder anderen geistigen Getränken in Orts- und Gemeindefestungen mit weniger als 15 000 Einwohnern sowie in solchen Orten mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut festgelegt wird, von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein soll.

Da nun die Überzeugung von der Notwendigkeit der Abhängigkeit des Bedürfnisnachweises als einer Vorbedingung zur Erteilung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb in der durch die jetzige Gesetzgebung zugelassenen Form fast allgemein besteht, würde es sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ halbamtlich schreibt, ohne weiteres umgang durch Reichsgesetz obligatorisch zu machen. Nach dem mit der statistischen Einführung des Bedürfnisnachweises gemachten Erfahrungen erscheinen jedoch weitere Maßnahmen in dieser Richtung „angezeigt und zweckmäßig“.

Nach den Mitteilungen des statistischen Amtes der Reichsstatistik hatten 1898 in Deutschland von 260 Gemeinden mehr als 15 000 Einwohnern 195 den Bedürfnisnachweis durch Ortsstatut eingeführt und nur 65 mehr als 100 000 Einwohnern hatten 16, von 33 Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 23, von 28 Gemeinden mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern 22 und von 13 Gemeinden mit 15 000 bis 40 000 Einwohnern 134 ein Ortsstatut. Eine für den 1. Januar 1905 von der Stadt Berlin veranlaßte Feststellung ergab, daß von den nunmehr 40 deutschen Großstädten 27 ein Ortsstatut hatten.

Größtenteils waren auch die Erfahrungen der Städte hinsichtlich des Ortsstatutes befriedigend, und insbesondere wurde die „wünschenswerte“ Verminderung der Schankstellen erreicht. Dagegen wird gerade in solchen Fällen, in denen ein Ortsstatut nicht besteht, ein Uebermaß von Schankstellen beklagt, und in vielen von diesen Fällen war, scheiterte die Regelung nicht immer aus sachlichen Gründen. Deshalb wird in der Vierteljahrschrift „Die Wirtschaft“ auf Grund einer Anzahl von Gutachten aus Städten, die den Bedürfnisnachweis durch Ortsstatut eingeführt haben, die reichsgesetzliche Neuordnung der Bedürfnisfrage befürwortet, zumal es kommunalpolitischen Kämpfen in den Städten mit 15 000 bis mehr als 100 000 Einwohnern zu entziehen.

Mit Aufhebung des Rechts der größeren Gemeinden, durch Ortsstatut beschließen zu lassen, und mit der reichsgesetzlichen Festlegung dieses Nachweises für den Betrieb der Gastwirtschaft und den Ausschank von geistigen Getränken würde dem Ueberhandnehmen der sogenannten halben Konzessionen, bei denen der Bedürfnisnachweis weit übersteigt, ein Ende gemacht werden können. Liegt doch hier einer der Hauptgründe für das Bestehen zahlreicher Unmutterkneipen, da die Inhaber durch die starke Konkurrenz aus dem Geschäft verdrängt werden, ihren Lokalen durch besondere Anzeigengestaltung zu verschaffen und den Konsum zu erhöhen.

Erfahrungsgemäß hat endlich die Erteilung der halben Konzession ein stetes Drängen der Schankwirte, die sich der halben Konzession nicht halten können, auf Erteilung der vollen Konzession zur Folge, dem die Konzessionsbehörden nicht immer genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Die halben Konzessionen bilden außerdem ein Hindernis für den Uebergang zur Branntweinschenke.

Aus allen diesen Gründen, und da auch bei den Schankstellen, die lediglich nichtgeistige Getränke verabreichen, sich dieselben Uebelstände bemerkbar gemacht haben, wie bei den Bierauschankstellen, schlägt der Entwurf vor, die Erteilung der Konzession im § 33 der Gewerbeordnung bedingungslos abhängig von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses zu machen. Mag nun auch die Abhängigkeit der Konzession von dem Bedürfnisnachweis eine einmalige Schwierigkeit verbunden sein und mehr Schwierigkeiten, wie das Beispiel vieler großen Städte zeigt, doch zu überwinden.

Sowohl vom Gesichtspunkte der allgemeinen Gesundheits- und Sittlichkeitsinteressen, die eine Einschränkung der Zahl der Wirtschaften und jedesfalls eine Hemmung der weiteren Vermehrung dringend wünschenswert erscheinen lassen, als auch im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Gast- und Schankwirtschaftswesens muß die Möglichkeit gegeben werden, nach freiem Ermessen die Erteilung von Konzessionen, für die ein Bedürfnis nicht vorhanden ist, zu verhindern.

Schließlich sei noch erwähnt, daß sich mit der Einführung des allgemeinen Bedürfnisnachweises viele Interessentenverbände, insbesondere auch der Bund deutscher Gastwirte, einverstanden erklärt haben.

Deutsches Reich.

Hor und Gesellschaft. Der Kaiser traf am Montag gegen Mittag, von Braunschweig kommend, in Mecheln ein, nahm die Parade des Königs-Infanterieregiments Nr. 145 in Montigny ab und besichtigte die Befestigungs- und westlichen und nordwestlichen Forts. Am Dienstag fand in der Gegend von Mars eine große Truppenübung statt mit anschließendem Vorbeimarsch, an der der größte Teil des 16. Armeekorps und die 8. bayrische Infanteriebrigade teilnahmen. Nach Beendigung der Übung erfolgte die Weiterfahrt des Kaisers nach Diedenhofen zur Besichtigung der dortigen Befestigungs- und Forts.

Zum Tode der Gattin des Reichskanzlers. trafen aus allen Teilen des Reiches unzählige Beileids-Telegramme und Kondolenzschreiben im Reichskanzlerpalais ein, so vom Kaiser- und vom Kronprinzenpaar, den übrigen Prinzen, allen deutschen Bundesfürsten und von vielen Souveränen und Staatsoberhäuptern der fremden Staaten. Die Kaiserin sprach später persönlich im Reichskanzlerpalais vor, um dem Reichskanzler ihr Beileid auszudrücken; sie verweilte einige Zeit im Sterbezimmer und legte dort Blumen nieder. Auch Reichstag und Landtag sprachen dem Kanzler ihre Teilnahme aus. Die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet der Heimgegangenen einen längeren Nachruf, desgleichen auch die offiziellen Organe der Bundesstaaten und der verbündeten Mächte. — Die Trauerfeier für die Verstorbene ist auf Mittwoch 12 Uhr im Reichskanzlerpalais, die Beerdigung auf Donnerstag 2 1/2 Uhr von der Kirche in Hohenfinow aus festgesetzt. Der Kaiser will sich bei der Trauerfeier durch den Prinzen Eitel Friedrich vertreten lassen.

Der Arbeitsplan des Reichstages hat infolge des Todes der Frau des Reichskanzlers infolge einer Ueänderung erfahren, als den Etat des Auswärtigen Amtes Staatssekretär von Jagow und den des Reichskanzlers dessen Stellvertreter, Staatssekretär Dr. Delbrück, vertreten werden. Der Kanzler dürfte seine Darlegungen zur auswärtigen Politik anlässlich der dritten Lesung des Etats machen.

Die Gefährdung der Besoldungsnovelle. In Reichstagskreisen hat man jetzt, wie der „Berl. Lok.-Anz.“ zu melden weiß, die Hoffnung nahezu aufgegeben, daß es hinsichtlich der Besoldungsnovelle noch zu einer Verständigung zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit kommen könne. Während die anderen bürgerlichen Parteien geneigt waren, sich gegen ein geringes Zugeständnis der Regierung mit der jetzigen Regierungsvorlage einverstanden zu erklären, hat das Zentrum, wie es heißt, unter keinen Umständen von den Beschlüssen der Budgetkommission und der zweiten Lesung abgehen wollen. Ob es noch möglich sein wird, eine Sinnesänderung bei der Zentrumsparthei herbeizuführen, erscheint in diesem Augenblick noch fraglich.

Zur Dualfrage versendet Rechtsanwalt Dr. Halpert als Vertreter der Duala ein ihm aus Kamerun zugegangenes Telegramm, in dem die Behauptung aufgestellt ist, daß die Vorgänge, die zur Verhaftung Bells wegen Hochverrats geführt haben, auf Rüstungskrieg beruhten. Dieser Behauptung wird offiziell entgegengehalten, daß die Meldung über die Aufrührabsichten der Duala durch den weit im Innern wohnenden Oberhäuptling Joja von Bamum durch Vermittlung der Mission erstattet worden ist, daß sie also weder auf Rüstungskrieg, noch, wie Herr Dr. Halpert annimmt, auf Anzeigen schwarzer Spiegel beruht.

Eine Reichstags-Neuwahl wird für den Wahlkreis Koburg notwendig werden, indem der bisherige Abgeordnete Regierungsrat Dr. Quard, nach Meinungen dortiger Blätter, die ihm angebotene Chefstelle der koburgischen Ministerialabteilung angenommen hat.

Zum Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich die Fraktionen geeinigt, die Beratung des Etats am 19. Mai abzuschließen und vom 21. Mai (Himmelfahrt) bis 8. Juni Pflingstferien eintreten zu lassen. Nach Pflingsten sollen Fischerei- und Fideikommissgesetz in erster Lesung beraten und die Besoldungsnovelle, das Eisenbahnangeleihegesetz und kleine Vorlagen verabschiedet werden. Es muß, der „Tgl. Anz.“ zufolge, damit gerechnet werden, daß der Landtag bis zum 19. Juni zusammenbleibt. Ob nach diesem Termine noch Kommissionen tagen werden, ist noch fraglich.

Das Scheitern der Arbeitslosenversicherungsvorlage in Bayern ist nunmehr endgültig besiegelt, nachdem der Finanzausschuß der Abgeordnetenämter dieser Tage einstimmig beschlossen hat, dem Reichsratsbeschuß nicht beizutreten, der bekanntlich die Verwendung der von der Regierung zur Unterfertigung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung geforderten Summe von 75 000 A. ablehnt und dieses Geld lediglich zur Förderung der gemeindlichen Arbeitsvermittlung, gemeindlicher Rechtsauskunftstellen und dergleichen in den Etat eingestellt wissen will. Da auch das Plenum den Beschluß des Ausschusses sanktionieren wird, so ist die Vorlage als gescheitert anzusehen; denn es besteht keine gezielte Möglichkeit, sie etwa zu nochmaliger Vorbescheidung in die Erste Kammer zurückzuverweisen.

Deutscher Reichstag.

255. Sitzung. § Berlin, 12. Mai 1914.

Der Reichstag setzte heute bei sehr starker Besetzung die Beratung über den Militäretat zum siebenten Male fort. Mit einer Klage über unzulässige Beschränkungen des Koalitionsrechts der Militärwerftstättenarbeiter begann der Sozialdemokrat Büchner, die zu einer Wiederholung der bekannten Erklärung vom Bundesratsstische ausführte, daß nach der staatlichen Arbeitsordnung keine Arbeiter angestellt werden, die sozialistischen Bestrebungen Vorschub leisten oder den Frieden zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft stören. An diesem Standpunkte will die Verwaltung festhalten. Dem Gedanken, daß die Arbeiter das Gefühl hätten, bei energischem Auftreten ihre Stellung zu riskieren, gab der Zentrumsredner Trimborn Ausdruck. Von der Besoldungsvorlage verriet er, daß sie heute nicht gerade so stehe als gestern, was vom Hause mit resignierter Heiterkeit aufgenommen wurde. Für eine Vermehrung der Ingenieure in den technischen Instituten sprach der Fortschrittler Weinhausen; nach seiner Ansicht überwiegt die Zahl der Offiziere in diesen Anstalten viel zu stark. Der Wünsche des Handwerkerbundes dieser Institute nahm sich der Konservative von Gräfe an. Obwohl für das Kapitel Artillerie- und Waffenwesen noch eine stattliche Reihe von Rednern auf der Liste stand, geschah nun etwas im Reichstage seit langem Unerhörtes: unter lebhaftem Beifall der bürgerlichen Parteien wurde gegen die Sozialdemokraten ein Schlusssatz angenommen. Zur Annahme gelangte eine Entschließung der Fortschrittler auf Regelung der Dienststunden, der Sonntagsruhe und des Urlaubes der unteren Beamten. Dann gab der Abg. Schirmer (Ztr.) seinem Bedauern Ausdruck, daß für die Arbeiter der Militärverwaltung noch immer keine Pensionskasse eingerichtet sei. Die Verwaltung erklärte eine solche Einrichtung nicht für empfehlenswert, weil die Vorteile den hohen Beiträgen nicht entsprächen. Damit war die zweite Lesung des Militäretats beendet, und man wandte sich der Duala-Angelegenheit zu.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

79. Sitzung. § Berlin, 12. Mai 1914.

Die heutige Debatte war beinahe ein einziger Widerhall der stundenlangen Rede, mit der gestern der Sozialdemokrat Hänisch als letzter Redner das Haus beglückt hatte. Die eingehende Rede, mit der heute der Kultusminister die Debatte eröffnete, war fast ausschließlich an die Adressen des sozialdemokratischen Dauerredners gerichtet.

Ausland.

Großbritannien.

Die neue Einkommensteuer.

Im Verlaufe der Budgetdebatte erklärte der Finanzminister Lloyd George im Unterhause, er gebe zu, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer auf nicht selbstverdiente Einkommen bei kleinem Einkommen eine gewisse Härte bedeuten können. Dann verteidigte er das Budget gegen den Vorwurf der Unionisten, daß in ihm eine Art Verschwendungspolitik sich breitmache und wies die Beschuldigung zurück, daß er in die Finanzpolitik Gefühlspolitik mische, indem er mit erhobener Stimme erklärte, daß Millionen im Lande sich in Empörung über ihre Lage erhoben; wenn die Reichen und Vermögenden sich nicht rechtzeitig anschickten, für ihre weniger begüterten Mitbürger Opfer zu bringen, so werde der Tag nicht allzu fern sein, wo sie mit Erstaunen und Bedauern darauf zurückblicken würden, daß sie gegen eine an und für sich doch sehr geringe Einkommensteuer als „Versicherung gegen die Revolution“ protestiert hätten.

Balkan.

Ueber die Verhandlungen auf Korfu.

Liegen immer noch so gut wie keine bestimmten Nachrichten vor. Aus Durazzo weiß die „Albanische Korrespondenz“ zu melden, daß infolge des Beschlusses, den die internationale Kontrollkommission in Korfu gefaßt hat, sowohl die albanische Regierung wie Zographos die notwendigen Anordnungen zur Festsetzung der neutralen Zone in Epirus verfügt haben. Durch diese neutrale Zone, die nach dem Stande der Operationen vom 9. Mai abgegrenzt wird, sollen Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Kombattanten verhütet werden.

Inzwischen schreitet

die Bildung der albanischen Miliz

zusehends fort. In Korfu sind bereits 400 Mann aus Dibra, 1000 Mann aus Elbasan und 200 Mann aus Starowa eingetroffen. 1000 Freiwillige aus Tirana unter Abdirefi und Murad bei Topkani sind auf dem Marsch nach Korfu. Die Regierung hofft, daß in wenigen Tagen über 5000 Bewaffnete verfügbar zu sein; die Zahl dürfte noch erheblich steigen. Auch zwölf Maschinengewehre sind unterwegs dorthin.

Mexiko.

Ein neuer Zwischenfall.

Da Huerta die Beseitigung aller Leuchtfeuer an beiden Küsten Mexikos angeordnet hatte, erschienen nordamerikanische Torpedoboote bei der Insel Bobos, auf der sich der wichtigste Leuchtturm zwischen Veracruz und Tampico befindet, und besetzten diesen Turm, um die Leuchtfeuer brennend erhalten zu können. Dagegen legte nun der mexikanische Minister des Aeußern Ruiz bei den Friedens-

vermitteln Protest ein. Diese sehen jedoch in der Befestigung der Insel eine Vorsichtsmaßregel zum Schutze der gesamten Schifffahrt, so daß hieraus Beschwerde über die Verletzung des Waffenstillstandes für ungerechtfertigt angesehen werden dürfte.

Ueber den weiteren Verlauf des Kampfes bei Tampico liegen Nachrichten von Belang nicht vor.

Kleine politische Nachrichten.

Vom Bureau des Reichstages wurde dieser Tage das 23. Petitionsverzeichnis ausgegeben, das 327 Petitionen enthält. Die Gesamtzahl der bisher eingegangenen Petitionen beläuft sich auf 11 655.

Die Meldung von dem Rücktritt des Rindener Regierungspräsidenten von Borries wird jetzt von der „Westf. Ztg.“ dahin richtiggestellt, daß Herr von Borries nicht beabsichtige, seinen Abschied einzubringen, sondern nur einen dreimonatigen Urlaub angetreten habe.

Nachdem der Pariser Untersuchungsrichter Boucard die Untersuchung in der Angelegenheit der Frau des früheren Finanzministers Galland, die bekanntlich vor etwa einem Vierteljahr den Chefredakteur des „Figaro“, Calmette, erschoss, beendet hat, übermittelte er die Akten der Staatsanwaltschaft.

Im englischen Unterhause erklärte der Premierminister Asquith unter dem Gelächter der Unionisten am Montag auf eine Anfrage, daß die Regierung beschloßen habe, gegen die an der Waffenlandung in Ulster beteiligten Personen keine gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Anderweitige Schritte würden unternommen werden, deren Veröffentlichung nicht wünschenswert sei.

Der Sympathiestreik aus Anlaß des Ausschlusses der einundzwanzig Abgeordneten aus der Reichsduma hat am Montag sein Ende erreicht; auch in den meisten Fabriken, welche auf unbestimmte Zeit ihren Betrieb eingestellt hatten, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In dem Bericht der Budgetkommission der Reichsduma über das Budget des Synods wird die Notwendigkeit betont, eine Vorlage über das Recht der orthodoxen Kirche, am Heiligen Grabe und anderen Städten Palästinas eigene Altäre zu besitzen, und das Recht der orthodoxen Geistlichkeit, dort unbehindert ihren Gottesdienst abzuhalten, einzubringen.

Das neu gewählte türkische Parlament wird am 14. d. M. eröffnet werden.

Bei der Befestigung der osmanischen Stadt Tasa, eines strategisch und handelspolitisch sehr wichtigen Knotenpunktes mehrerer Karawanenstraßen wurden auf französischer Seite ein Offizier, vier europäische und zwei afrikanische Soldaten getötet und ein Offizier, elf europäische und zwei afrikanische Soldaten verwundet.

In San Francisco wurden am Montag 25 000 Bauarbeiter ausgesperrt, weil sich die organisierten Arbeiter, die sich im Ausstand befinden, weigerten, zur Arbeit zurückzukehren.

Aus Groß-Berlin.

Selbstmordversuch eines Schülers. Der 17jährige Untersekundaner Edwin C., der vor drei Wochen aus der elterlichen Wohnung in Charlottenburg verschwunden war, weil er zu Ostern nicht versetzt worden war, versuchte sich Montagabend in der Wohnung des Musikers R. in der Restorstraße zu Halsen zu erlösen. Die Kugel streifte die Lunge, so daß er schwerverletzt dem Schöneberger Krankenhaus zugeführt werden mußte. Auf welche Weise der junge Mann in die Wohnung des Sängers gekommen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Den Eltern und Freunden des Untersekundaners ist Herr R. unbekannt. Dieser selbst gab auf die Frage des Vaters, auf welche Weise sein Sohn zu ihm gekommen sei, nur an, daß er mit ihm befreundet sei. Wo er ihn kennen gelernt hat, war nicht festzustellen.

Lebestragedie. Zwei junge Mädchen, Cousinen, die beide in unglücklicher Liebe zu einem jungen Mann entbrannt waren, und den doch keine der anderen gönnte, stürzten sich am Sonntagabend in den Langen See bei Schmiedewitz, nachdem sie sich mit einer schwachen Kette an einem Handgelenk zusammengebunden hatten. Als sie das kalte Wasser fühlten, erwachte die Lebenslust aufs neue und beide riefen um Hilfe. Es fuhr auch schnell ein Kahn herbei, aber es konnte nur das eine Mädchen, die 16jährige Else H., aus der Schwedter Straße in Berlin gerettet werden.

Der Herr von Imhoff.

Roman von M. Weidenau.

(Nachdruck nicht gestattet.)

(3)

„und treu, sage ich noch einmal und, wenn der gnädige Herr meinem ergebenen Rat folgen wollten, dann —“

„Dann?“

„Dann sollten der gnädige Herr nach Imhoff gehen. Wenn auch einstweilen das gnädige Fräulein dort die Fäden in die Hand nimmt, so ist das nicht daselbst, als wenn der Herr selbst regiert. Möchten Sie das bedenken, ich, der so treu an Ihrem Hause hängt, bitte Sie darum.“

Arnold von Imhoff zerrte wieder an seinem Bart, das, was dieser treue Mensch eben gesagt, entbehrt nicht der Wahrheit. Gewiß bedurfte Imhoff jetzt einer festen Hand, um alles im richtigen Geleise zu erhalten, respektive weiterzuführen, bedurfte mit einem Worte des Herrn, das sah der junge Edelmann ganz gut ein — aber, jetzt mitten in der Winterhochsaison Paris, dieses entzückende Paris, wo man sich so köstlich amüsierte, zu verlassen, um eine Schnee- und Eisregion aufzusuchen, wo es weder so reizende Frauen, noch so harmante Välle, Konzerte usw. gab, das war doch von einem lebenslustigen freudigen jungen Menschen zu viel gefordert. Andererseits aber setzte er sich der Gefahr aus, Haus und Hof anredlichen, zum mindesten zur Verwaltung unfähigen, Händen auszuliefern.

Endlich schien Arnold einen Entschluß gefaßt zu haben.

„Gut denn, wir wollen in einigen Tagen Paris verlassen, wenn es schon nicht anders geht. Aber jetzt gib Ruhe und laß mich schlafen! Und wecke mich nicht allzufrüh!“ Damit ging der junge Kavaliere daran, sich seiner Kleider zu entledigen.

„Erst in einigen Tagen,“ sprach Josef, als er in seinem eigenen Zimmer war, bekümmert vor sich hin; „nun, ich bin noch froh, wenigstens das an ihm erreicht zu haben. Mein Gott, ich hatte nicht umsonst eine Abscheu vor diesem Paris.“

Arnold von Imhoff lag noch im festen Schlaf, als abermals ein Telegramm aus der Heimat eintraf und Josef des halb seinen Herrn weckte.

„Nicht einmal ausschlafen kann sich der Mensch. Was gibt es denn schon wieder neues? Schau' nach, Josef!“

„Deine Anwesenheit dringend nötig. Komme sofort. Deine Tante,“ las Josef, indes Arnold leise fluchte.

„Sofort! Als ob es brennen würde. Also, in drei Teufelsnamen packe das Notwendigste und —“

„Nur das Notwendigste?“

„Zum Audud, ja!“ schrie Herr von Imhoff gereizt. „Du bildest Dir doch hoffentlich nicht ein, daß ich mich daheim einschneien lasse. Und nun will ich noch eine Stunde schlafen — aber uui, ich muß doch die notwendigen Besuche machen, kann mich doch nicht auf holländisch empfehlen. Indessen bereite alles für die Abreise vor! Natürlich fahren wir mit dem letzten Zug.“

rettet werden. Ihre Cousine war von der Strömung bereits fortgerissen worden, sie ist ertrunken.

Todesprung zweier Einbrecher. In einem Hause der Schönwalder Straße zu Berlin sollten Montag nachmittag der vierten Stod des Hauses wohnende Bäcker Walloshel und zwei andere Männer wegen gemeinsam verübter Einbrüche verhaftet werden. Dabei sprangen Walloshel und ein Komplize Weinholtz Fenster in den Hof hinab und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie bald darauf in der Charité den Tod fanden. Der dritte Einbrecher ließ sich verhaften.

Pater Bonaventura †. Einer der bekanntesten katholischen Geistlichen Berlins, der Kanzelredner des Dominikanerordens, Pater Bonaventura, ist Dienstag morgen 7¼ Uhr in der St. Maria-Viktoria-Hellanstalt im Alter von 51 Jahren gestorben. Ein schweres Unterleibsleiden hat ihm den Tod gebracht.

Noch eine Verhaftung in der Denkmalsaffäre. Wegen des Attentats auf das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg ist am Sonntagabend eine neue Verhaftung vorgenommen worden, die sechste in der Affäre. Der Verhaftete ist der Metallarbeiter Paul Rosenberg, der sich in der Nacht zum 11. März an der Denkmalschändung ebenfalls beteiligt haben soll. Inzwischen wurde Rosenberg bereits überführt, er wurde bereits in das Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Auch Rosenberg ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Tagesneuigkeiten.

Anwetter. Im Berratal und in ganz West-Thüringen gingen in der Nacht zu Sonntag nach vorausgegangenen starken Gewittern wolkenbruchartige Regengüsse, die allenthalben großen Schaden anrichteten, nieder. Von den Bergen herab ergossen sich reißende Wildbäche in die Talniederungen. Die Felder wurden teilweise durch die Wassermengen verwüstet. Die Obstbaumblüte gilt als vernichtet. Der Wasserstand in den Flüssen ist bedeutend gestiegen. Im Hochscharzwald und in den Hochvögeln erfolgte ein empfindlicher Wettersturz. Bei Null Grad trat ein Schneegestöber ein, das die Höhenzüge vom Feldberg nach dem Herzogenhorn und dem Belchen in eine Winterlandschaft verwandelte, so daß Hochwassergefahr besteht. — Aus Sibirien liegen eine Reihe von Hochwassermeldungen vor. So meldet man aus Tomsk, daß der Turafluß um 22 Fuß gestiegen ist. In aller Eile werden Wehre errichtet.

Die Probefahrt des Dampfers „Vaterland“ fand Montag nachmittag nach glänzendem Verlauf ihren Abschluß. Beim Einlaufen in die Elbmündung salutierte das Fort Grimmerhoorn die bayerische Prinzenflagge mit 21 Schuß. Beim Festdiner brachte Prinz Franz von Bayern einen begeistert aufgenommenen Trinkspruch auf die Fahrt von Blohm & Voß als Erbauerin des prachtvollen Schiffes aus. Dr.-Ing. Hermann Blohm dankte für die Worte des Prinzen, gedachte seinerseits rühmend der Reederei, die dem Schiffsbau durch ihre Bestellungen solche Aufgaben stellte, und schloß mit einem Hoch auf den Prinzen.

Frauenmord in Posen. In einer leerstehenden Kellerwohnung eines Hauses der Grabenstraße in Posen wurde die Leiche einer Frau aufgefunden, die durch Schläge auf den Kopf getötet worden war. Neben der Leiche lag ein bieder Knüttel. Es wurde festgestellt, daß es sich um die geschiedene Ehefrau des Hausbesizers und Friseurs Beder handelt. Es liegt wahrscheinlich Raubmord vor. Die Ermordete hatte vor einigen Tagen von ihrem Gatten eine größere Geldsumme als Unterstützung erhalten und ist vermutlich von jemand, der hiervon Kenntnis erlangt hatte, in den Keller gelockt worden, wo dann die Tat verübt wurde.

Frühjahrstagung des Oligars der christlich-sozialen Partei.

Im Reichstagsgebäude tagte am Sonntag der Frühjahrskongress der ostdeutschen christlich-sozialen Partei. An 400 Abgeordneten des christlich-sozialen Gedankens waren anwesend, stark waren die Vereine Spandau und Potsdam vertreten. Nach einem Rundgang im Reichstagsgebäude, Reichstagsabgeordneter Dr. Burckhardt und Lic. Mumm die Tagung. Danach ergriff der Vorsitzende Pastor D. Philipp das Wort zu einer grüßungsansprache. Er sprach von dem Kampf, der nur auf politischem Gebiete unsere Zeit erfüllt, sondern in alle Gebiete des Lebens und Denkens hineingreift, sorcht von der Begeisterung, die uns erfüllen muß, wir mitwirken wollen an den großen Zielen der christlichen sozialen Arbeit. Mit einem Hoch auf unseren Kaiser, unser teures deutsches Vaterland schloß Pastor D. Philipp seine Ansprache.

Reichstagsabgeordneter Dr. Burckhardt zeigte in einem interessanten Vortrag die Arbeit, die unsere Abgeordneten der letzten Zeit geleistet. Und man müßte seine Chren hören und seine Kraft zum Erkennen haben, wenn man die Fülle der Arbeit und die Fülle der Mühe begriffe, unsere Abgeordneten — von Dr. Burckhardt wahrhaftig überheblich Arbeitsbienen genannt — aufgewandt hätten. Nur christlich-soziale Arbeit könne die Irrlehren der Demokratie widerlegen. Reichstagsabgeordneter Lic. Mumm ergriff das Wort zu einem längeren Vortrag. Er sprach allen verständlich entwickelte er die Probleme der christlichen sozialen Partei jetzt führt. Er sprach von einer dreitausendköpfigen Versammlung, einer aller nationalen Parteien für die Fortführung der Reform. Es sei erschütternd, was aus der Wirklichkeit des Lebens oft hervortrete und die Notwendigkeit der Reform gewaltig predige. Eine Zeit wie unsere Zeit, ihren großen wirtschaftlichen und sozialen Unmuthungen, fordere unbedingt eine entsprechende Handlung in der Reform. Ein Kartell der schaffenden Stände habe es aufs dringendste gewünscht, halte aber ein solches unmöglich, wenn in ihm Arbeiter gleichberechtigt zu sein. Welcher Kampf sei oft zu führen, um eine geringe soziale Forderung! Was müßte um das bische tagstube gekämpft werden! Lic. Mumm kommt auf Konkurrenzkauf zu sprechen, die eine Anzahl Kaufleute Teil nicht deutschen Stammes, eingeführt haben. Er wie nur ein Mann, tiefdurchdrungen vom Geiste des Christentums kämpfen kann, gegen den mamentösen Geist unserer Zeit. Er fordert zu gleicher Zeit die Heiligkeit des Staatsgedankens und bedauert die volle Nichtigkeit des Massengeistes, der beispielsweise den im Krieg vom Mörder nicht zu unterscheiden weiß, viele, die für die Straffheit des Staatsgedankens kämpfen, aber sie können sich den kleinen Mann in seinem Kampfe nicht vorstellen, nicht in ihn hineinversetzen. Ist die Lösung: Eintreten für den Schwachen, milder eintreten für den national-monarchischen Staat und das innerlich zusammengefügt, tief innerlich, vom Glauben. Wenn das über beidem steht, dann ist es der Weg, unserm Volke zu helfen. Und kein anderes Mittel fördert den sozialen Gedanken so wie das Christentum mit seiner Hilfe für alles Bedrängte, für alle anderen Bekenntnis fördert den deutschen Gedanken wie das Christentum mit seiner starken Betonung

Kopfschüttelnd schaute Josef seinem Herrn nach, als dieser die Wohnung verließ.

„Die notwendigen Besuche! Als ob die so notwendig wären! Ein Kreuz ist es mit ihm. Wenn nur der alte gnädige Herr nicht gestorben wäre, dann wäre es besser für den jungen Herrn.“

Während der ganzen langen Eisenbahnfahrt hatte der arme Josef seine liebe Not mit dem jungen Edelmann, dessen Stimmung, je mehr man sich von Paris entfernte und demgemäß immer mehr der Heimat näherte, nahezu unerträglich wurde; auch der Tante Keli gegenüber, die ihn mit Ungeduld erwartete, nahm er sich nicht die Mühe, den Verdruß über seine gezwungene Heimkehr zu verbergen, so daß das alte Fräulein darob ganz bestrizt wurde und Josef fragend anschaute.

Arnolds Heimkehr war wirklich nötig gewesen; hundertlei Dinge waren zu ordnen und vor allem mußte man für Möbeler einen Ersatz suchen.

„Aber, mein Gott, Tante,“ meinte Arnold, „die Bücher-Rechnungen usw. sind doch in tabelloser Ordnung und der Brandt hätte schon einstweilen die Verwaltung übernehmen können.“

„Der Brandt ist zu jung und noch zu ungeschult, wenn er auch willig ist. An Dir liegt es jetzt —“

„Meine liebe Tante,“ unterbrach Arnold rasch und ungeduldig die alte Dame, „ich muß Dir aufrichtig sagen, daß ich durchaus keine Lust habe, länger als nötig, hier zu bleiben. Es soll meine Sorge sein, einen tüchtigen Verwalter zu finden und —“

„Also kurz und gut,“ fiel ihm jetzt Fräulein von Hollen erregt in die Rede, „Du brennst der Boden unter den Füßen und Du müdest am liebsten heute noch nach diesem Paris zurück, nach diesem Babel, das noch einstmals die Ursache Deines Ruins sein wird.“

„Natürlich! Das alte Babel! Ich wüßte nicht, auf welche Art Paris mich ruinierten könnte? Das könnte auch anderswo, selbst auf Imhoff der Fall sein.“

„Hier auf dem stillen Imhoff? Nein, mein Teurer, hier bist Du nicht von Gefahren umlauert, hier weht frische, reine, Leib und Seele stärkende Gebirgsluft — Heimatluft — indes Deine eleganten Pariser Salons von schwüler, atembeklemmender Atmosphäre durchzogen sind.“

„Ach, mein teurer Junge, man sieht es Dir deutlich an, daß Du nur allzu viel in dieser ungefunten Luft geatmet hast.“

Ueber die Stirn des jungen Mannes flog eine leichte Rote, er biß die Zähne zusammen und in den Augen bligte es unmutig auf; doch beherrschte er sich genug, um dann ruhig zu entgegnen, daß seiner gesunden, starken Konstitution ein bißchen „Treibhausluft“ wohl kaum schaden würde.

Acht Tage später wurde auf Schloß Imhoff ein neuer Verwalter installiert, den ein Gutsnachbar warm empfohlen hatte. Es war ein ernster, fast mürrisch aussehender älterer Mann,

den Fräulein von Hollen im ersten Momente der Besichtigung sympathisch fand.

„Also, dann braucht uns um Imhoff nicht bange zu sein, meinte Arnold lachend, den die Aussicht, nun bald wieder in seinem Paris zurückkehren zu können, rasch heiter stimmte.“

„Allem Anschein nach versteht dieser Herr Milius, ein Regiment zu führen.“

Am Tage der Abreise Arnolds weinte das alte Fräulein Thränen und, sich an Josef wendend, sagte sie ihm bittender Stimme: „Wache, soviel Dir möglich ist, über die eine Ahnung sag mir, daß er seinem Verderben entgehe.“

Als Herr von Imhoff wieder in Paris ankam, wurde er eine Überraschung zuteil; auf dem Wege nach seiner Wohnung begegnete er einem elegant gekleideten Herrn, den er seinen — seit Jahren nicht mehr gesehenen — Jugendfreund Leo von Brandt erkannte.

„Wie, Leo, bist Du es im Ernste?“ rief ihn Josef an. „Wie kommst Du denn nach Paris?“

Die Freunde drückten einander herzlich die Hände und schritten dann Arm in Arm Imhoffs nahe gelegene Wohnung zu.

„Also, Leo, sage mir vor allem, wo Du all die Jahre verbracht hast?“

„Auf Reisen,“ entgegnete der andere lakonisch.

„Wie — auf Reisen?“ wiederholte Imhoff verwirrt, ihm die etwas pretären Vermögensverhältnisse Brandts unbekannt waren.

„Natürlich nicht auf meine Kosten, ich begleite den kranken Beaulieu in der Eigenschaft eines Sekretärs auf seinen Ausflüge in die Welt.“

„Und was machst Du heute, Leo?“

„Heute — nun heute privatisiere ich,“ kam es mit einem angenehmen klingendem Lachen zurück. „Aber reden wir doch lieber von Dir. Uebrigens wüßte ich, daß Du seit Jahren in Paris gewesen bist.“

„Du wüßtest es? Und durch wen?“

„Durch die Fianelli.“

Die Freunde waren vor Imhoffs Wohnung angekommen und wollten den Flur betreten, als Imhoff stehen blieb und den anderen übertraf anschaute.

„Bist Du mit der Dame so gut bekannt, daß Du sie so familiär benennst? Seit wann kennst Du sie denn?“

„Mein Gott, warum verblüßt Dich dies so? Wer, meine wir nicht weitergehen?“

Als die Herren in Imhoffs Wohnung angelangt waren, bat dieser, sich nur umziehen zu dürfen.

Fortsetzung folgt.

zum Rinderg...